

Antragsbuch

48. Landeskongress der
Jungliberalen Aktion Sachsen

2. Oktober 2010
in der Sächsischen Schweiz



Nr.	Antragstitel	Antragsteller	Seite	AMV
SÄ 01	Neuregelung der Amtszeit der Bundeskongress-Delegierten	Landesvorstand	1	X
SÄ 02	Mitgliedschaft der Landesvorstandsmitglieder in der FDP	Landesvorstand	2	X
01	Extremismus in Sachsen	Landesvorstand	3	___
02	Aktuelle Positionen zur Hochschulbildung	Landesvorstand	7	___
03	Abschaffung des Landeserziehungsgeldes	Landesvorstand	9	___
04	Geschlechterspezifische Bildungsförderung abschaffen	Julis Leipzig	10	___
05	Museum in der zentralen Hinrichtungsstätte der DDR	Julis Leipzig	11	___
06	Ärztmangel	Julis Leipzig	12	___
07	Bessere Bildung durch Bildungsgutscheine	Julis Chemnitz	15	___
08	Lehrermangel aktiv bekämpfen – Quereinstieg fördern	Julis Chemnitz	16	___
09	Reform der Arbeitnehmerüberlassung	Markus Klemm	17	___
10	Kostentransparenz beim Mobilfunk	Julis Chemnitz	18	___
11	Kostenfreie Rufnummern bei Behörden und staatlichen Institutionen	Julis Chemnitz	19	___
12	Missachtung des Rechtsfahrgebotes auf Autobahnen höher ahnden	Julis Chemnitz	20	___
13	Beschluss „Mehr Demokratie wagen“ umsetzen	Sven Herbst, Max Pätz, Anja Birnbaum, Alex Hausmann, Falk Illing	21	___
14	Online-Petitionen auf Landesebene	Christian Klauß	23	___
15	EU-Fördermittel für Nicht-Regierungsorganisationen kürzen	Christian Klauß	24	___

1 **Satzungsänderungsantrag 01** **Neuregelung der Amtszeit der Bundeskongress-Delegierten**

2

3 Antragsteller: Landesvorstand JuliA Sachsen Ja Nein Enthaltung
4 Angenommen Abgelehnt

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Satzung der JuliA Sachsen wird wie folgt ergänzt:

8

9 §9 Landeskongress

10 [...]

11 9) Die Delegierten und Ersatzdelegierten für den Bundeskongress werden jährlich neu
12 gewählt. Ihre Amtszeit beginnt am 1. Januar des folgenden Jahres und dauert ein Jahr.

13

14 Sollte der Satzungsänderungsantrag eine Mehrheit finden, wird als Übergangslösung für den
15 Bundeskongress im Herbst 2010 eine separate Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für die
16 Zeit bis zum 31.12.2010 durchgeführt.

17

18 *Begründung:*

19

20 Unsere Herbstkongresse, zu denen wir die Delegierten für den Bundeskongress wählen, lagen in
21 den letzten Jahren regelmäßig mitten in der Einladungsfrist des Herbst-BuKo, was für alle Betei-
22 ligten mitunter ärgerlich ist. Die frisch gewählten Delegierten können u.a. erst recht spät für den
23 BuKo planen (und die knappen Hotelkontingente abrufen), und die Bundesgeschäftsstelle weiß
24 auch erst sehr spät, wer aus Sachsen überhaupt delegiert wurde und musste in den letzten Jahren
25 stets „blind“ an den Landesvorstand die Einladungen verschicken.

26

27 Wir wollen daher eine klare Amtszeit der BuKo-Delegierten vom 1.1. bis 31.12. festlegen. Die De-
28 legierten werden weiterhin auf dem Herbst-Kongress gewählt. Damit haben unsere Delegierten
29 zum Herbst-BuKo eine bessere Planungssicherheit und können sich auch bei evtl. Anträge, die von
30 mehreren Delegierten gemeinsam gestellt werden, inhaltlich besser einbringen.

31

32 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Satzungsänderungsantrag 02** **Mitgliedschaft der Landesvorstandsmitglieder in der FDP**

2

3 Antragsteller: Landesvorstand Julia Sachsen Ja Nein Enthaltung
4 Angenommen Abgelehnt

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 ERSETZE unter § 4 den Abschnitt 10 „Mitgliedschaft in der FDP“ mit folgendem Text:

8

9 „Die Mitgliedschaft im Landesvorstand ist nicht an eine Mitgliedschaft in der FDP gebunden.“

10

11 *Begründung:*

12

13 ALTE FASSUNG:

14 „Für Mitglieder des Landesvorstands ist das passive Wahlrecht nicht an eine Mitgliedschaft in der
15 FDP gebunden.“

16

17 NEUE FASSUNG:

18 „Die Mitgliedschaft im Landesvorstand ist nicht an eine Mitgliedschaft in der FDP gebunden.“

19

20 Jung und liberal zu sein, bedeutet auch sich die Option offen zu halten, nicht immer einer Mei-
21 nung mit unserer „Seniorenorganisation“ zu sein und von einer Mitgliedschaft Abstand nehmen
22 zu können. Auch wenn der Landesvorsitzende weiterhin auch Mitglied der FDP sein sollte, um sei-
23 ne Position im Landesvorstand besser ausfüllen zu können, muss der Vorschlag und die Wahl dem
24 Vorstand des Landeskongresses obliegen.

25

26 Die Grundlage für die bestehende Formulierung entstammte der Bundessatzung und wurde auf
27 dem letzten Bundeskongress in Bonn novelliert und in eine juristisch einwandfreie und verständ-
28 liche Form gebracht. Mit diesem Änderungsantrag zieht die Julia Sachsen in dieser Sache nach.

29

30 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 01: Extremismus in Sachsen**

2

3 Antragsteller: Landesvorstand Jungliberale Aktion Sachsen

Ja

Nein

Enthaltung

Angenommen

Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen betrachtet mit wachsender Sorge die Ausbreitung extremistischen
8 Gedankenguts unter sächsischen Jugendlichen. Ohne staatliche als auch bürgergesellschaftliche
9 Gegenmaßnahmen, läuft die sächsische Gesellschaft in Gefahr, dass sich eine gefährliche und ge-
10 waltbereite Jugendsubkultur noch weiter verfestigt und ausbreitet.

11

12 **Extremismusbegriff und Abgrenzung in der sächsischen Parteienlandschaft**

13

14 Als extremistisch betrachten wir jene Ideologien und Handlungen, die sich aktiv gegen die Frei-
15 heitlich-Demokratische Grundordnung (FDGO) und die Grundrechte des deutschen Grundgesetz-
16 zes wenden und diese auch gewaltsam bekämpfen. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ord-
17 nung rechnen wir mindestens:

18 Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht
19 der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung,
20 die Verantwortlichkeit der Regierung, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Chancengleichheit
21 für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer
22 Opposition.

23

24 Der Rechtsextremismus definiert sich unter anderem über übersteigerten Nationalismus, Rassis-
25 mus sowie Antisemitismus und Agitation gegen Demokraten. Der Linksextremismus ist dagegen
26 heterogener aber definiert sich häufig über die Ablehnung der Eigentumsordnung und der rechts-
27 staatlichen Sicherung der öffentlichen Ordnung in Kombination mit anti-individualistischen, radi-
28 kal-egalitären Ideen.

29

30 NPD und DIE.LINKE sind die jeweils bedeutendsten politischen Kräfte an den Rändern des Partei-
31 enspektrums in Sachsen und daher als stellvertretend auf ihrer Seite dieses Spektrums anzusehen.
32 Nach Meinung der Jungen Liberalen sind die NPD und ihre Vorfeldorganisationen gänzlich als
33 rechtsextremistische Organisationen zu bewerten.

34 Aus unserer Sicht gibt es in der Partei DIE.LINKE und ihren Vorfeldorganisationen extremistische
35 sowie DDR-verherrlichende Strömungen, doch lässt sich auch aufgrund der Heterogenität der Mit-
36 glieder keine Bewertung eines ganzheitlichen Linksextremismus ableiten.

37

38 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

39

40

1 **Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung**

2

3 In Sachsen stehen derzeit ca. 2700 organisierte Rechtsextremisten, ca. 740 organisierten Links-
4 extremisten gegenüber. Während linksextreme Aktivitäten sich insbesondere auf Dresden und
5 Leipzig konzentrieren, ist Rechtsextremismus zusätzlich im ländlichen Raum verbreitet.

6

7 Als Liberale lehnen wir jede Form von Extremismus ab. Dennoch hat für die Jungliberale Aktion
8 Sachsen die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aktuell Vorrang.

9

10 Die im Vergleich zum Linksextremismus wesentlich stärkere und deutlichere Verbreitung rechtsex-
11 tremistischen Gedankenguts, insbesondere im ländlichen Raum Sachsens, erlaubt uns daher der-
12 zeit keine Äquidistanz in der Auseinandersetzung mit Rechts- und Linksextremisten. Diese Schwer-
13 punktsetzung ist der politischen Realität in Sachsen geschuldet und bedeutet ausdrücklich nicht,
14 dass wir Linksextremismus und linken Geschichtsrevisionismus akzeptieren und nicht bekämpfen.

15

16 **Ursachen des Extremismus**

17

18 Die Ursachen für die Verbreitung von Extremismus unter Jugendlichen sind vielschichtig und las-
19 sen sich nicht monokausal mit der Begründung „Arbeitslosigkeit“ abtun. Eine schlechte wirtschaft-
20 liche Situation erhöht zwar die Wahrscheinlichkeit, dass extremistische Rattenfänger Anhänger
21 gewinnen, ist aber weder notwendige noch hinreichende Bedingung für eine extremistische Ein-
22 stellung. Für die Erlangung einer extremistischen Einstellung gibt es keine feste Formel sondern
23 nur begünstigende Einflüsse, insbesondere der Bildungshintergrund erweist sich als maßgeblicher
24 Faktor. Aber auch eine Verdrossenheit gegenüber der Kultur des Politischen, ein Ohnmachtsgefühl
25 sowie die der familiäre Hintergrund und die kindliche Sozialisation spielen eine gewichtige Rolle.

26

27 Weiterhin machen sich Extremisten mangelnde Identifikationsmöglichkeiten von Jugendlichen
28 zu Nutze, um schleichend eine Gruppenidentifikation in einen Chauvinismus gegen Gesellschaft
29 und Andersdenkende zu verwandeln; bspw. einem übersteigerten Nationalismus Im Falle des
30 Rechtsextremismus.

31

32 **Bürgergesellschaft**

33

34 Der Staat kann und sollte eine Grundlage für die Abwehr gegen Extremismus legen, doch mit
35 Leben füllen kann er sie nicht, denn Extremismus ist auch ein soziokulturelles Problem, das nicht
36 rein technokratisch gelöst werden kann. Daher ist die Jungliberale Aktion der Auffassung, dass der
37 Staat nicht alleine Extremismus bekämpfen kann und sieht primär die Bürgergesellschaft in der
38 Verantwortung.

39

40 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

1 Insbesondere sächsische, demokratische Jugendorganisationen und Jugendvereine (politisch als
2 auch nicht-politisch) müssen vehementer gegen die Ausbreitung des Extremismus kämpfen. Auch
3 hier ist die direkte, ortsgebundene Jugendarbeit der effektivste Ansatz um vor allem präventiv zu
4 wirken. Sei es in Vereinen, Jugendeinrichtungen, dem organisierten Sport und anderen kommu-
5 nalen Strukturen: Den Extremisten darf von der Bürgergesellschaft, besonders auch im wörtlichen
6 Sinne, kein Raum gegeben werden, eigene Strukturen aufzubauen oder bestehende zu unterwan-
7 dern, da dort die staatliche Kontrolle häufig versagt. Denn genau dort liegt sehr häufig der erste
8 Angriffspunkt der Verbreiter der gegenfreiheitlichen und anti-demokratischen Gedanken. Welche
9 Taktik (wie z.B. Boykott) sinnvoll anwendbar ist muss im konkreten Fall entschieden werden um
10 eine Balance zwischen Ausgrenzung und Reintegration zu gewährleisten.

11

12 Die Bürgergesellschaft muss sich extremistischen Diskursen in der Öffentlichkeit stellen, weil eine
13 Egal-Haltung den Extremisten und ihren Zielen in die Hände spielt. Gleichzeitig darf eine überstei-
14 gerte Political Correctness aber nicht dazu führen, dass die Grenzen von freiheitlich-demokrati-
15 schen zu extremistischen Einstellungen verwischt werden.

16

17 Ein friedlicher Patriotismus oder andere - mit der FDGO verträgliche - identitätsstiftende, gesell-
18 schaftliche Orientierungspunkte können dabei helfen Jugendliche gegen extremistisches Gedan-
19 kengut zu immunisieren.

20

21 **Staatliche Maßnahmen**

22

23 Eine bessere und liberale Wirtschafts- und Bildungspolitik ist notwendig um Perspektiven zu schaf-
24 fen. Insbesondere der Bildungspolitik kommt hier eine herausragende Bedeutung zu. Eine gute Po-
25 litik auf diesen Gebieten stellt aber nur einen Teil von mehreren Säulen des Kampfes gegen den
26 Extremismus dar.

27

28 Programme und Symbolveranstaltungen, die sich nur über die Ablehnung von Extremismus (z.B.
29 „X gegen Rechts“) oder abstrakte Floskeln definieren, dürfen keinesfalls Hauptfokus staatlicher
30 Maßnahmen sein, auch wenn deren Präventivcharakter und die Schaffung von Öffentlichkeit als
31 grundsätzlich sinnvoll zu betrachten ist. Eine parteipolitische Instrumentalisierung solcher Angebo-
32 te lehnen wir scharf ab.

33

34 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

35

36

37

38

39

40

1 Von staatlicher Seite aus halten wir daher mehr, bessere und vor allem direkte Jugendarbeit für
2 eine wirkungsvolle Maßnahme: die finanzielle Förderung von kommunalen Jugendeinrichtungen,
3 Sportvereinen und die Stärkung des Ehrenamts. Wer an dieser Stelle übermäßig spart, trägt mit-
4 telfristig zur Erstarkung extremistischen Gedankenguts bei. Die Schaffung und Aufrechterhaltung
5 einer solchen Infrastruktur für Jugendliche in der Fläche muss oberste Priorität genießen, um ex-
6 tremistischen Gedankengut nachhaltig und auch langfristig keinen Nährboden zu geben. Daher
7 fordern wir die Einführung von Vereinsgutscheinen analog zum Modell der Bildungsgutscheine.
8 Um jungen Menschen außerhalb von Vereinen und Politik die Gelegenheit zu geben, den demokra-
9 tischen Prozess zu erfahren und sich daran zu beteiligen, fordern wir das kommunale Wahlrecht
10 ab 16 und eine echte Mitbestimmung der Schüler an ihren Schulen (z.B. Vollversammlungen bei
11 kleineren entweder-oder-Entscheidungen).

12

13 Die Konzepte Aussteigerprogramme und Opferberatung wollen wir beibehalten und um eine ei-
14 genständige Telefonberatungsstelle für Eltern ergänzen.

15

16 Aufklärung und die umfassende Vermittlung geschichtlicher Tatsachen bleiben weiterhin ein ele-
17 mentares Mittel im Kampf gegen Extremismus.

18

19 Generelle Verbote von Auftritten politischer Organisationen, z.B. zum Zweck Veranstaltungen ex-
20 tremistischer Parteien zu verhindern, lehnen wir als vorauseilenden Gehorsam ab. Demokraten
21 müssen die Möglichkeit haben, Verfassungsfeinde in der Öffentlichkeit gegenüberzutreten.

22

23 *Begründung:*

24

25 Erfolgt mündlich.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 02: Aktuelle Positionen zur Hochschulbildung**

2

3 Antragsteller: Landesvorstand Jungliberale Aktion Sachsen

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 **Zugang zur Hochschule und Gestaltung der Lehrinhalte**

8

9 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert, dass die Zulassung zu einer Hochschulausbildung über
 10 mehrere Wege möglich sein muss. Abschlussnoten stellen eine Orientierung dar, sollten aber im
 11 Rahmen einer starken Hochschulautonomie durch Zusatzqualifikationen und Eignungstests aus-
 12 geglichen werden können

13

14 Studium und Lehrangebot müssen einen Ausgleich zwischen der Erfüllung von Marktbedürfnis-
 15 sen und übergeordneten Bildungszielen anstreben. Ein staatlich finanziertes Studium darf kein
 16 reiner Selbstzweck sein. Aber es muss auch Raum für nicht unmittelbar ökonomisch verwertbare
 17 Studienangebote und Lehrziele geben. Eine einzig auf die Bedürfnisse von Unternehmen zuge-
 18 schnittene Hochschulausbildung lehnen wir ab.

19

20 Die Erlernung von wissenschaftlichem Denken und eine tatsächliche akademische Grundausbil-
 21 dung müssen zum festen Grundbestandteil jeder Hochschulausbildung werden, insbesondere an
 22 den Universitäten. Methodenwissen soll in der Lehre höher gewichtet werden als Faktenwissen.
 23 Das Angebot freiwillig an Veranstaltungen anderer Studienrichtungen teilzunehmen muss ge-
 24 währleistet bleiben. Wir fordern die Erleichterung der Aufnahme eines Parallelstudiums.

25

26 **Bologna-Prozess**

27

28 Die Jungen Liberalen bewerten die Ziele des Bologna-Prozesses - wie z.B. Erhöhte Mobilität von
 29 Studierenden, Vergleichbarkeit von Abschlüssen, das dreistufige Abschlussystem und lebenslan-
 30 ges Lernen - grundsätzlich positiv. Aus unserer Sicht haben sich aber Versprechen, wie eine grö-
 31 ßere Mobilität für Studierende durch das ECTS-System, bisher nicht erfüllt. Die Schuld an der tlw.
 32 schlechten Umsetzung des Prozesses tragen zum großen Teil die Universitäten.

33

34 Die Aufteilung in Bachelor- und Masterstudiengänge bietet neue Möglichkeiten Studienangebote
 35 auf Bewerber, Gesellschaft und Wirtschaft zuzuschneiden. Aber nicht für jeden Studiengang oder
 36 Fachbereich ist diese Aufteilung geeignet. Wir unterstützen daher ausdrücklich die Möglichkeit
 37 der Universitäten auch künftig Diplomabschlüsse anzubieten, insbesondere in den Ingenieurs-
 38 wissenschaften.

39

40 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

1 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert den Rechtsanspruch auf ein Master-Studium. Universi-
2 tätäten die weiterführende Master-Kurse bzw. Diplomstudiengänge zu ihren Bachelor-Kursen an-
3 bieten, müssen Studierenden mit qualifizierendem Abschluss die Möglichkeit bieten, ihr Studium
4 fortzuführen. Den Universitäten soll es freistehen, parallele „Exzellenz-Studiengänge“ mit zusätz-
5 lichen Zulassungsbeschränkungen für besonders begabte Studenten anzubieten. Der BAföG-An-
6 spruch muss sich analog der alten Regelung bei Diplom- und Magisterstudiengängen auch auf das
7 Master-Studium erstrecken.

8
9 Sehr enge Zeitgrenzen für die Bewältigung einer Hochschulausbildung lehnen wir ab. Ein Hoch-
10 schulstudium soll auch die Möglichkeit für persönliche wie intellektuelle Reifung und bürgerge-
11 sellschaftliches Engagement bieten. Als ausgleichende, regulierende Maßnahme sind erhöhte
12 Studiengebühren für Langzeitstudierende legitim. Wir fordern eine Ende von übertriebener Mo-
13 dularisierung, die „Bulimie-Lernen“ als Auswirkung hat. Transferleistungen und Überblickswissen
14 müssen stärker als Spezialwissen im Fokus von Prüfungen liegen.

15
16 Die Universitäten und ihre Alumni müssen das Wissen, welche Qualifikationen sich hinter einem
17 Bachelor-Abschluss verbergen und welche nicht, besser in Unternehmen und Organisationen
18 kommunizieren. Darüber hinaus müssen verbesserte Alumni-Systeme auch Möglichkeiten zur
19 Weiterbildung anbieten und sollten auch Studienabbrecher mit einbeziehen.

20
21 *Begründung:*

22
23 Erfolgt mündlich.

24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

1 **Antrag 03: Abschaffung des Landeserziehungsgeldes**

2

3 Antragsteller: Landesvorstand Jungliberale Aktion Sachsen

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die sächsischen Landesregierung auf, das Landeserzie-
8 hungsgeld zu streichen und mit den freiwerdenden Mitteln die Kürzung der Jugendpauschale
9 rückgängig zu machen.

10

11 *Begründung:*

12

13 Erfolgt mündlich.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 04: Geschlechterspezifische Bildungsförderung abschaffen**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Leipzig*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen lehnt geschlechterspezifische Bildungsförderungsprogramme ab
8 und fordert deren Einstellung.

9

10 *Begründung:*

11

12 Betrachtet man die Geschlechterverteilung an deutschen Hochschulen so wird man zu der Er-
13 kenntnis kommen, dass Frauen schon lange nicht mehr in der Minderheit sind: Mehr als 51 % der
14 Hochschulabsolventen war 2008 weiblich.

15 Kinderbetreuungsangebote sind von dieser Forderung selbstverständlich nicht betroffen, da sie kei-
16 ne Bildungsförderung im engeren Sinne darstellen und vor allem nicht geschlechterspezifisch sind.

17

18 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 05: Museum in der zentralen Hinrichtungsstätte der DDR**

2

3 *Antragsteller: Junge Liberale Leipzig*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Staatsregierung und die Stadt Leipzig zur Einrichtung
8 eines Museums in der zentralen Hinrichtungsstätte der DDR in der Alfred-Kästner-Straße auf. In
9 einer Ausstellung soll dort die Rechtsprechung in der DDR mit besonderem Fokus auf die Todes-
10 strafe veranschaulicht werden.

11

12 *Begründung:*

13

14 Nur zwei Mal im Jahr öffnet ein Ort seine Tore, an dem man fast direkt ins hässliche Gesicht des
15 real existierenden Sozialismus blicken kann: Führungen durch die Zentrale Hinrichtungsstätte der
16 DDR gibt es nur zum Tag des Denkmals und zur Museumsnacht, organisiert durch das Bürgerko-
17 mitee Leipzig, das auch das Museum in der Runden Ecke unterhält und Führungen durch den MfS-
18 Bunker in Machern anbietet.

19

20 An dem Untersuchungsgefängnis in der Alfred-Kästner-Straße befindet sich ein nur von der
21 Arndstraße aus erreichbarer, vom Rest des Gefängnisses baulich getrennter Abschnitt, in dem To-
22 desurteile vollstreckt wurden.

23

24 Die Themen, die dieser Ort didaktisch erschließbar macht gehen weit über Hinrichtung und Todes-
25 strafe hinaus: Man kann auf die Rechtsprechung in der DDR eingehen, deren Beeinflussung und
26 auf den Umgang mit Verfassungsgrundsätzen ganz allgemein.

27

28 Seit geraumer Zeit ist die Einrichtung eines Museums an diesem Ort geplant. 2008 hätte es plan-
29 mäßig eröffnet werden sollen. Bei der Einrichtung einer Gedenkstätte ist zu erwägen, dass nicht
30 nur politische Gegner sondern auch Mörder und Vergewaltiger hier getötet wurden. In dem An-
31 trag spreche ich mich daher ausdrücklich für ein Museum aus.

32

33 Eile ist jedenfalls geboten, denn der Zustand der Räumlichkeiten verschlechtert sich zusehends.

34

35 Mit einer einfachen Sanierung und Begehbarmachung zwei Mal im Jahr können und wollen wir
36 uns nicht zufrieden geben.

37

38 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

39

40

1 **Antrag 06: Ärztemangel**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Leipzig*
 Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die immer schlechter werdende gesundheitliche Versorgung des ländlichen Raumes ist nur der
 8 Anfang der personellen Probleme im Gesundheitswesen. Bereits heute tritt die zunehmende Ver-
 9 knappung von Fachärzten immer deutlicher zu Tage, heute nur in einigen Fachgebieten wie Au-
 10 genheilkunde, aber schon in sehr naher Zukunft auch in anderen und mehr Disziplinen.

11

12 Wir dürfen nicht länger die Augen vor den Ursachen des tatsächlich zugrundeliegenden Problems
 13 verschließen: Der Landärztemangel ist die erste Manifestation eines allgemeinen Ärztemangels.
 14 Die Regierung muss dies und die Vielfältigkeit der Ursachen endlich anerkennen.

15

16 Viele der bisher ins Feld geführten Lösungsvorschläge genügen selbst einfachen Überlegungen
 17 nicht: Die Abschaffung der zentralen Vergabestelle für Studienplätze ändert nichts an der zu ge-
 18 ringen Studienplatzzahl. Studienanwärtern, die sich verpflichten später auf dem Land zu arbeiten,
 19 einen einfacheren Einstieg ins Studium zu ermöglichen oder Stipendien für Studenten, die selbi-
 20 ges versprechen, führen ebenfalls unterm Strich nicht zur Lösung des Mangels, sondern nur zu
 21 dessen Verschiebung. Die Julia Sachsen fordert daher seit ihrem Landeskongress im Oktober 2009
 22 in Dahlen, die Anzahl der Medizinstudienplätze zu erhöhen.

23

24 Die Tatsache, dass von 11 000 Studienanfängern nur 6 500 in Feldern der heilenden Medizin arbei-
 25 ten, ist jedoch symptomatisch für die grassierenden Probleme im Gesundheitswesen: Überregu-
 26 lierung, Bürokratie, Arbeitszeitbeschränkungen, schlechte Planungssicherheit und vergleichswei-
 27 se geringe Bezahlung machen eine Karriere bei Krankenkassen, in der Pharmaindustrie oder im
 28 Ausland attraktiv.

29

30 Eine faire, leistungsabhängige Bezahlung, die rationale Diagnose und Therapie mit dem Ziel ge-
 31 sunder Patienten bevorteilt, ist der erste Schritt, den Landarztberuf gegenüber anderen Fachge-
 32 bieten wieder aufzuwerten. Das Gespräch und die Untersuchung müssen in der Vergütung besser
 33 berücksichtigt werden, denn sie können langwierige und kostspielige Diagnostik und Fehler in
 34 der Behandlung vermeiden. Absichtliche Fehler in der Abrechnung mit den Krankenkassen müs-
 35 sen strenger verfolgt werden. Dennoch dürfen notwendige Behandlungen nicht verwehrt werden,
 36 weil sie nicht erstattungsfähig sind.

37

38 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

39

40

1 Weniger Papier- und mehr Patientenkontakt ist eine Forderung vieler Mediziner, die es zu über-
2 nehmen gilt. In den letzten Jahren erweckten viele neue Dokumentationspflichten erwecken den
3 Eindruck von der Erkenntnis geleitet zu sein, ein Arzt am Schreibtisch verursache weniger Kosten.
4 Der Arzt soll nicht für die Krankenkasse, sondern für seine Kollegen dokumentieren. Das Einför-
5 dern von immer umfangreicheren Qualitätsberichten führte ebenfalls zu einer massiven Erhö-
6 hung des Verwaltungsaufwandes, der auf ein verträgliches Maß reduziert werden muss.

7
8 Jede Regierung der letzten Jahrzehnte produzierte mindestens eine Reform des Gesundheitswe-
9 sens. Keine der Änderungen vermochte jedoch bisher Verbesserungen herbeizuführen. Vielmehr
10 stellen die beständigen Änderungen selbst ein Problem dar: Niedergelassene Ärzte sind Unter-
11 nehmer, die eine Vielzahl von gesetzlichen und vertraglichen Bedingungen erfüllen müssen. Wie
12 in allen Branchen haben viele Entscheidungen, die getroffen werden müssen, langfristige Wir-
13 kung. Ständige Eingriffe bringen schließlich auch die beste Planung irgendwann zu Fall. Die hohen
14 Investitionen sind für viele junge Ärzte angesichts der geringen Planungssicherheit ein Grund sich
15 gegen eine Praxisübernahme oder -neugründung zu entscheiden. Diese Problematik betrifft an-
16 ders, aber häufig in gleichem Umfang die Krankenhäuser. Die Forderung, entweder endlich rich-
17 tungsweisende Änderungen durchzuführen oder nicht länger das System bei laufendem Betrieb
18 zu stören, und so endlich einen klaren Rahmen für eine Arbeit zu schaffen, die sich nicht primär um
19 Berichte und Zahlen dreht, ist daher in unseren Augen nicht vermessen.

20
21 Die Beschränkung der Arbeitszeit ist eine der vorrangigen Ursachen des Ärztemangels. Der jetzige
22 Ärztemangel ist ein Mangel an Arbeitskraft, die unter standardisierten Bedingungen vereinfacht
23 als Produkt von Arbeitszeit und Anzahl der Beschäftigten zu begreifen ist. Der jetzige Mangel an
24 Arbeitskraft ist in diesem Modell vor allem der wenigen (bezahlten) Arbeitsstunden geschuldet.
25 Würde man deren Zahl durch ein Aufweichen der Beschränkungen, die auch den Organisations-
26 aufwand vervielfacht haben, erhöhen, stünde sofort viel mehr Arbeitskraft zur Verfügung, die den
27 Mangel zu einem großen Teil ausgleichen kann. Allerdings muss in diesem Szenario die Bezahlung
28 angepasst werden: Wer vor der Wahl zwischen acht Stunden Schreibtisch oder den heute üblichen
29 zehn bis zwölf Stunden in der Klinik oder in der Praxis und auf Hausbesuchen bei deutlich schlech-
30 terer Bezahlung steht, muss zugeben, dass eine Entscheidung gegen den Arztberuf begründbar
31 wird.

32
33 Wenn die Situation an einigen Orten zu prekär wird, muss lokal über das Ausloben von Förderun-
34 gen im Idealfall in Form von Sachleistungen nachgedacht werden. Gerade bei Praxisübernahmen
35 kann damit der Übergang auf die nächste Generation erleichtert werden. Dieses Instrument muss
36 jedoch sparsam eingesetzt und durch einen Strukturausgleich gemeinsam mit den Krankenkas-
37 sen finanziert werden.

38
39 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

40

1 Gerade in den Krankenkassen geht durch mangelhafte Digitalisierung und Optimierung von Ar-
2 beitsprozessen, durch zweifelhafte Ausgaben für Außenwirkung und Lobbyarbeit ein nicht unbe-
3 deutender Teil der erhobenen Beiträge verloren. Ein freier Wettbewerb zwischen den Kassen muss
4 die leistungsfähigsten Betriebe zutage fördern. Stellenabbau durch Automatisierung und andere
5 Optimierungen darf nicht verhindert werden. Ziel muss die Finanzierung der Krankenversorgung
6 und Prävention sein.

7

8 Abschließend muss man sich den Herausforderungen durch den steigenden Frauenanteil in der
9 Ärzteschaft endlich stellen. Wo keine passenden Betreuungsangebote vorgehalten werden, kön-
10 nen junge Ärztinnen mit Kinderwunsch nicht lange arbeiten. Krankenhäuser und Gemeinden
11 werden um die Einrichtung von flexiblen und umfassenden Angeboten nicht umhinkommen: Ein
12 Großteil der Neuimmatrikulierten ist weiblich.

13

14 *Begründung:*

15

16 Erfolgt mündlich.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 07: Bessere Bildung durch Bildungsgutscheine**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Einführung von flächendeckenden Bildungsgutschei-
 8 nen für Kinder von ALGII-Empfängern zur Unterstützung im Bildungssystem. Der Bildungsgut-
 9 schein gilt vor allem für Museumsbesuche, Messen, Klassenfahrten, Besuche von Sportvereinen
 10 und weiteren Möglichkeiten zur Erwerbung von Sozialkompetenzen und Soft Skills.

11

12 Die JuliA Sachsen plädiert für einen Richtwert von 500 Euro jährlich für jedes Kind. Im Gegenzug
 13 fordern wir die Kürzung des Hartz-4-Regelsatzes für Kinder und Jugendliche um den bereits ange-
 14 rechneten Betrag für Kultur und Bildung. Somit soll sichergestellt werden, dass das Geld zweck-
 15 mäßig für Kultur- und Bildungsmaßnahmen ausgegeben wird. Der Gutschein soll vom 5. Lebens-
 16 jahr bis zum 1. Schulabschluss den Kindern zur Verfügung gestellt werden.

17

18 *Begründung:*

19

20 Ein Gutscheinsystem ist effektiver als Transferleistungen in Form von Geld. Es besteht somit die
 21 Garantie, dass das Geld für das eingesetzt wird, wofür es vorgesehen ist, und zwar für die Bildung.
 22 Die von Ursula von der Leyen geforderten elektronischen Bildungsgutscheine sind ein erster An-
 23 satz zur Realisierung des Gutscheinsystems. Bildungsgutscheine fördern einen leistungssteigern-
 24 den Wettbewerb an Schulen einerseits und tragen andererseits zur Verbesserung der Chancen-
 25 gleichheit bzw. Chancengerechtigkeit bei.

26

27 Insgesamt trägt das Gutscheinsystem zu mehr Bildungsautonomie bei. Es soll dadurch die lang-
 28 fristige Funktionsfähigkeit gesichert und mögliche Schwächen erkannt und beseitigt werden.

29

30 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 08: Lehrermangel aktiv bekämpfen – Quereinstieg fördern**

2

3 *Antragsteller: Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Bereits 2014 werden besonders den Grund- und Mittelschulen hunderte Lehrkräfte fehlen. Man-
 8 gelhafte Schulqualität und das Problem des Lehrermangels sind Thema in den Medien und in der
 9 Bildungsverwaltung.

10

11 Die JuliA Sachsen fordert die sächsische Landesregierung auf, den Lehrermangel aktiv zu bekämpfen.

12

13 Die JuliA Sachsen fordert:

14

15 1. Pensionäre, Lehramtsstudenten, Hochschulabsolventen und Quereinsteiger ohne pädagogische
 16 Ausbildung sollen für den Unterricht in Mangelfächern, beispielsweise Mathematik und Informa-
 17 tik, gewonnen werden.

18

19 Im Sinne der Qualitätssicherung sollen Quereinsteiger zumindest eine zweijährige schulprakti-
 20 sche Ausbildung absolvieren, eine entsprechende pädagogische Qualifikation erwerben oder eine
 21 Ausbildungseignungsprüfung vorweisen.

22

23 2. Die gegenseitige Anerkennung von Lehramtsprüfungen der Länder soll forciert werden. Damit
 24 soll die Freizügigkeit erhöht und die Mobilität von Lehrern gefördert werden.

25

26 3. Lehramtsstudiengänge an der TU Dresden sollen weiterhin bestehen. In das Studienprogramm
 27 der TU Chemnitz sollen Lehramtsstudiengänge wieder aufgenommen werden.

28

29 4. Um die Lehrtätigkeit effizienter zu gestalten sollen Verwaltungsstrukturen gestrafft und der kon-
 30 krete Arbeitsaufwand von Lehrkräften im Verwaltungsapparat festgestellt und ggf. gekürzt werden.

31

32 Bestehende Hierarchien müssen finanzielle Anreize haben. Die Verantwortung in Leistungsposi-
 33 tionen muss sich lohnen. Systematische Laufbahnplanung muss möglich sein und verhindert das
 34 Abwandern in „attraktivere“ Berufe.

35

36 *Begründung:*

37

38 Erfolgt mündlich.

39

40

1 **Antrag 09: Reform der Arbeitnehmerüberlassung**

2

3 *Antragsteller: Markus Klemm*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen erkennt die Notwendigkeit von flexibleren Möglichkeiten der Un-
8 ternehmen, Bedarfsschwankungen auch im Personalbestand ausgleichen zu können.

9

10 Dies zeigt auch der intensive Gebrauch des Instruments Zeitarbeit bzw. der Arbeitnehmerüberlas-
11 sung der Unternehmen an, besonders seit der Gesetzesänderung vom 01.01.2004.

12

13 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Streichung der Passage: „Ein Tarifvertrag kann ab-
14 weichende Regelungen zulassen. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages können nicht
15 tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Anwendung der tariflichen Regelungen ver-
16 einbaren.“ im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz - AÜG § 3 Abs. 1 Nr. 3 und § 9 Nr. 2; sowie die
17 Wiedereinführung der Überlassungshöchstdauer; des Synchronisationsverbots und der Wieder-
18 einstellungssperre.

19

20 *Begründung:*

21

22 Da es bei der Behandlung der langen Version dieser Idee zum letzten Landeskongress vor allem
23 ungestellte Fragen und keine Debatte gab, wird die Begründung ausführlich mündlich und leich-
24 ter verständlich erfolgen.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 10: Kostentransparenz beim Mobilfunk**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für eine transparentere Ausgestaltung der Kosten-
8 übersicht im Mobilfunk aus. In Zeiten von Flatrates und Spartarifen der Mobilfunkanbieter geraten
9 aber viele Kunden in eine Art Kostenfalle. Seit der gebotenen verbraucherfreundlichen Möglich-
10 keit zur Mitnahme der bisherigen eigenen Mobilfunknummer beim Wechsel des Netzbetreibers
11 ist keine Kostentransparenz mehr gewährleistet.

12

13 Daher fordern wir eine kostenlose Ansage vor der Durchstellung zum angerufenen Gesprächs-
14 teilnehmer. Diese soll eine Auskunft über das angewählte Mobilfunknetz und die entstehenden
15 Kosten je Minute beinhalten.

16

17 *Begründung:*

18

19 Die zum Beispiel klassisch bekannten Vorwahlen 0173 und 0174 ordnet man eigentlich Vodafone
20 / D2 zu. Was ist aber, wenn dein ehemaliger bester Freund mit dem du wöchentlich mehrere Stun-
21 den telefoniert hast, das Handynetz gewechselt und dich nicht darüber informiert hat. Du bist im
22 Besitz einer klassischen Flatrate für ein Netz. Das böse Erwachen kommt dann mit der nächsten
23 Abrechnung. Eine angebrachte kurze Ansage / Berichterstattung der zu erwartenden Kosten lässt
24 dich dann selbst entscheiden, ob du ein Telefonat über die „alten Zeiten“ ausweitest oder doch
25 lieber zur Festnetznummer zurückgreifst.

26

27 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 11: Kostenfreie Rufnummern bei Behörden und staatlichen Institutionen**

2

3 *Antragsteller: Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert im Zuge einer bürgerfreundlichen Verwaltung, dass alle
8 Ämter und Behörden unter einer kostenfreien Nummer (Beispiel 0800er) zu erreichen sind.

9

10 *Begründung:*

11

12 In den vergangenen Monaten haben mehr und mehr Ämter im Freistaat die Umstellung von Fest-
13 netzrufnummern zu teuren Mehrwerttelefonnummern unternommen. Die Arbeitsagentur Dres-
14 den ist so zum Beispiel nicht mehr unter dem gängigen Festnetztarif der Deutschen Telekom zu
15 erreichen sondern unter einer 0180er-Mehrwerttelefonnummer. U.a. für Nutzer von Mobilfunk-
16 flatrates stellt dieses einen weiteren Kostenfaktor dar.

17

18 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 12: Missachtung des Rechtsfahrgebotes auf Autobahnen höher ahnden**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für eine stärkere Durchsetzung des Rechtsfahrgebotes auf Bundesautobahnen aus und fordert neben der bisherigen Ahndung durch Bußgeld und
8 Punkte im Zentralverkehrsregister für eine Ausweitung auf Fahrverbote aus.
9

10

11 *Begründung:*

12

13 Das Rechtsfahrgebot ist eine in § 2 Abs. 2 der Straßenverkehrsordnung (StVO) geregelte Weisung
14 an Verkehrsteilnehmer, die mit Fahrzeugen unterwegs sind. Es besagt, dass auf Straßen möglichst
15 weit rechts gefahren werden muss.

16

17 Bisher wird der Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot auf Bundesautobahnen bei Behinderung mit
18 einem Punkt und 80 Euro Bußgeld geahndet.

19

20 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 13: Beschluss „Mehr Demokratie wagen“ umsetzen**

2

3 *Antragsteller: Sven Herbst, Anja Birnbaum, Falk Illing,*
 4 *Alexander Hausmann, Maximilian Pätz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

5

6 *Der Landeskongress möge beschließen:*

7

8 Die JuliA Sachsen sieht die FDP Sachsen auf einem besorgniserregenden Weg zur Funktionärs-
 9 und Versorgungspartei. Daher müssen unsere Forderungen aus dem Beschluss „Mehr Demokratie
 10 wagen“ vom 22. Landeskongress der JuliA Sachsen endlich umgesetzt werden; insbesondere die
 11 Trennung von Amt und Mandat (Ausnahmen für Schlüsselpositionen können eingerichtet wer-
 12 den) und der Abbau von Nebendiäten.

13

14 *Begründung:*

15

16 Erfolgt mündlich.

17

18 Beschluss vom 22. Landeskongress:

19

20 **Mehr Demokratie wagen**

21

22 In den letzten Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland eine zunehmende Entfernung der
 23 Bürger von Staat und Politik wahrzunehmen. Bürger fühlen sich in ihren Problemen von der Politik
 24 nicht ernst genommen, die Entscheidungsprozesse sind für sie nicht mehr transparent. Nicht zu-
 25 letzt daraus erklären sich die erschreckenden Wahlergebnisse für extreme Parteien in den letzten
 26 Jahren in Ost wie in West.

27

28 Ziel muss es sein, diesen Prozess umzukehren und dem Bürger sein Vertrauen in Staat und Politik
 29 zurückzugeben, damit die Demokratie zu stärken. Politik darf nicht als „closed shop“ einiger we-
 30 niger begriffen werden, sondern sollte Einladung zum Mitdenken und Mitmachen für alle Bürger
 31 sein. Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert deshalb:

32

- 33 • Mehr direkte Demokratie und Einflussmöglichkeiten
- 34 • Senkung des aktiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre
- 35 • Einführung der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens im sächsischen Wahlrecht

36

37

38 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! BEGRÜNDUNG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

39

40

- 1 • Erleichterung der Einbringung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene:
- 2 - Senkung des Unterschriftenquorums beim Bürgerbegehren auf 10% mit einer
- 3 degressiven Abstufung nach Gemeindegrößen
- 4 - Übertragung der Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens auf die
- 5 Rechtsaufsichtsbehörde
- 6 - Abschaffung des Zustimmungsquorums in Höhe von 25% der Wahlberechtigten beim
- 7 Bürgerentscheid
- 8 - Prüfung der Möglichkeiten des Internets (z.B. Einbringung von Bürgerbegehren, direkte
- 9 Abstimmung im kommunalen Bereich und in Parteien)
- 10 • Mehr Transparenz in der Politik
- 11 • Trennung von öffentlichem Amt und Mandat
- 12 • Abbau von „Nebendiäten“ (Entschädigungsleistungen, Übergangsgelder)
- 13 • Begrenzung der Pensionsleistungen
- 14 • Stärkung der Landesrechnungshöfe, insbesondere bei der Überprüfung von Fraktionsgeldern
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40

1 **Antrag 14: Online-Petitionen auf Landesebene**

2

3 *Antragsteller: Christian Klauß*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die JuliA Sachsen fordert die Einführung einer vollwertigen Möglichkeit, Online-Petitionen auf
8 Landesebene zu initiieren, diskutieren und zu unterstützen. Die bisherige Lösung des Landtages
9 bleibt hinter den Möglichkeiten, wie sie z.B. der Bundestag bietet, zurück.

10

11 *Begründung:*

12

13 Erfolgt mündlich.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 15: EU-Fördermittel für Nicht-Regierungsorganisationen kürzen**

2

3 *Antragsteller: Christian Klauß*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die JuliA Sachsen fordert eine signifikant Verringerung der EU-Fördermittel für Nicht-Regierungs-
8 organisationen. Ein hoher Anteil von Fördergeldern am Budget dieser Organisationen läuft dem
9 dahinterstehenden Konzept der Staatsferne zuwider.

10

11 *Begründung:*

12

13 Erfolgt mündlich.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

Antragsänderungen & Dringlichkeitsanträge

Falls es bei einzelnen Anträgen vorab Änderungen vom Antragsteller gibt, bringt bitte die geänderte Version des Antrags in Papierform und geeigneter Anzahl zum Landeskongress mit. Gleiches gilt für Dringlichkeitsanträge.

Die Dringlichkeit eines Antrages wird vor Ort auf dem Landeskongress festgestellt. Ein bloßes Versäumen der Antragsfrist reicht hierfür erfahrungsgemäß nicht aus. Wird die Dringlichkeit eines Antrags festgestellt, so wird dieser in das Alex-Müller-Verfahren zur Festlegung der Antragsreihfolge aufgenommen.

Der Landesvorstand wünscht euch einen schönen Landeskongress und spannende programmatische Diskussionen. Für eure Fragen programmatischer und organisatorischer Art stehen euch natürlich die Mitglieder des Landesvorstandes gerne zur Verfügung.

Ansprechpartner

Programmatischer – Christian Klauß
christian.klauss@julia-sachsen.de
Tel.: 0173 - 63 35 164

Landesvorsitzender – Marcus Viefeld
marcus.viefeld@julia-sachsen.de
Tel.: 0172 - 67 51 757

Organisation – Sven Herbst
sven.herbst@julia-sachsen.de
Tel.: 0173 - 38 86 249

Pressebetreuung – Constantin Eckner
constantin.eckner@julia-sachsen.de
Tel.: 0179 - 21 21 620